



## Ex-Bundespräsident Gauck erweist sich als echter Undemokrat und Blockpolitiker



Ex-Bundespräsident Gauck ruft aktuell dazu auf, dass sich alle Parteien zusammentun mögen, um zu verhindern, dass die AfD regiere. Damit zeigt er sich nach Ansicht des stellvertretenden AfD-Bundessprechers Stephan Brandner als Gegner der Demokratie, der aus der DDR-Geschichte nichts gelernt habe:

„Millionen Menschen wählen in Deutschland die Alternative für Deutschland, eine Partei, die wie keine andere für Freiheit, Demokratie, Grundrechte und Gewaltenteilung steht. In den neuen Bundesländern sind wir die stärkste Kraft, in vielen alten Bundesländern zweitstärkste. Den Willen der Wähler gilt es zu akzeptieren, denn das ist der Kern der Demokratie. Wer dazu aufruft, die Alternative für Deutschland systematisch auszugrenzen und einen Allparteienblock gegen uns schmieden will, grenzt Millionen Menschen aus. Ein solches Verhalten ist an sich schon mehr als undemokratisch und für einem ehemaligen Bundespräsidenten eigentlich undenkbar.“



# Neuigkeiten aus der Bundestagsfraktion

Die AfD-Bundestagsfraktion hat auf ihrer Fraktions Sitzung am 10. Oktober turnusgemäß ihren Fraktionsvorstand neu gewählt.

**Fraktionsvorsitzende:**

Alice Weidel, Tino Chrupalla

**Stellvertretende Fraktionsvorsitzende:**

Sebastian Münzenmaier,  
Beatrix von Storch,  
Stefan Keuter,  
Jörn König

**Erster Parlamentarischer Geschäftsführer:**

Bernd Baumann

**Zweiter Parlamentarischer Geschäftsführer:**

Stephan Brandner

**Dritter Parlamentarischer Geschäftsführer:**

Götz Frömming

**Vierter Parlamentarischer Geschäftsführer:**

Enrico Komning



## Befragung der Bundesregierung - Baerbock: Israels Sicherheit ist deutsche Staatsräson

Die Bundesregierung steht nach den Worten von Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) fest an der Seite Israels. „Israels Sicherheit ist deutsche Staatsräson“, betonte Baerbock am Mittwoch in der Regierungsbefragung des Bundestages. Sie habe Israel nach dem Terrorangriff der Hamas, der am 7. Oktober begann, Unterstützung in jeglichem Bereich angeboten. Aus ihrer Sicht wäre es falsch, die humanitäre Hilfe einzustellen, denn auch das sei „Teil des Kalküls des Terrorismus“. Mit den Vereinten Nationen werde alles getan, damit es sichere Orte in Gaza gibt. Priorität habe die Sicherheit Israels. Der AfD-Abgeordneten Beatrix von Storch erwiderte Baerbock, es gebe keine Zusammenarbeit mit Terrororganisationen. Die Hilfslieferungen würden über die Vereinten Nationen abgewickelt.

## AfD-Anträge zur Einstellung von Hilfsleistungen an palästinensische Gebiete

Die Mittelvergabe und Hilfsleistungen an palästinensische Gebiete war auch Gegenstand einer Bundestagsdebatte am Mittwoch. Grundlage der Aussprache waren drei Anträge, die die AfD-Fraktion vorgelegt hatte. Sie tragen die Titel „Verbot der Organisationen 'Volksfront für die Befreiung Palästinas' (PFLP) und 'Samidoun'“ (20/8738), „Angesichts des Terrorangriffs der Hamas auf Israel – Mittelvergabe an das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten umgehend stoppen“ (20/8739) und „Erziehung von Kindern in den palästinensischen Gebieten zum Terrorismus verurteilen – Finanzierung durch Deutschland sofort beenden“ (20/8740).

Die AfD-Fraktion dringt auf ein Verbot der „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (PFLP). In ihrem ersten Antrag fordert die Fraktion die Bundesregierung auf, ein Verbot der PFLP und ihrer „Vorfeldorganisationen“ wie „Samidoun“ und „Demokratisches Komitee Palästina“ zu erlassen und sofort umzusetzen. Die PFLP verfolge das Ziel, den Staat Israel gewaltsam zu beseitigen, und kooperiere zu diesem Zweck „mit anderen terroristischen Organisationen wie der Hamas und der Hisbollah“, schreibt die Fraktion in der Vorlage. In den 1960er und 1970er Jahren habe die PFLP zahlreiche Anschläge und Flugzeugentführungen ausgeführt. Nicht zuletzt habe sie im Oktober 1977 die Lufthansa-Maschine „Landshut“ entführt. Ihre Aktivisten betrieben in Deutschland israelfeindliche und antisemitische Propaganda. Ihre Aktivitäten und Bestrebungen richteten sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik und den Gedanken der Völkerverständigung.

Die AfD-Fraktion fordert angesichts des Terrorangriffs der Hamas auf Israel die Bundesregierung zudem auf, die finanziellen Zuwendungen an das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) einzustellen. Das Hilfswerk habe sich zu einem nahezu unüberwindbaren Problem im Friedensprozess zwischen Israel und den Palästinensern entwickelt, schreiben die Abgeordneten. UNRWA sei im Gazastreifen in erheblichem Maße mit der radikal-islamischen Terrororganisation Hamas verquickt.

Außerdem fordert die AfD-Fraktion die Bundesregierung auf, die „systematische Erziehung von Kindern in den palästinensischen Gebieten zu sogenannten Märtyrern als eine Erziehung zu Attentätern, Mördern und Selbstmordattentätern zu benennen, und diese zu verurteilen“. Der Palästinensischen Autonomiebehörde sowie der PLO, der Fatah und der Hamas solle zudem die Einstellung aller Zahlungen in Aussicht gestellt werden, sofern diese Indoktrination nicht umgehend beendet werde, schreiben die Abgeordneten in ihrem dritten Antrag.

Donnerstag, 12. Oktober 2023

## Regierungserklärung Olaf Scholz: Deutschland hat nur einen Platz, den Platz an der Seite Israels

Fünf Tage nach dem Angriff der islamistischen Hamas auf Israel hat Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) in einer Regierungserklärung am Donnerstag dem Land seine volle Unterstützung zugesichert. „Israel hat das völkerrechtlich verbrieftete Recht, sich und seine Bürgerinnen und Bürger gegen den barbarischen Angriff zu verteidigen“, betonte Scholz zu Beginn seiner Rede, in deren Anschluss der Bundestag über die Lage in Israel sowie über Konsequenzen für die deutsche Nahostpolitik debattierte. Sicherheit müsse wiederhergestellt werden. Es gebe „in diesem Moment nur einen Platz für Deutschland, den Platz an der Seite Israels“, so der Kanzler. Die Sicherheit des Landes bezeichnete er dabei erneut als deutsche Staatsraison. Die deutsche Geschichte und die aus dem Holocaust erwachsene Verantwortung mache es zur „immerwährenden Aufgabe, für die Existenz und die Sicherheit des Staates Israel einzustehen“. Scholz begrüßte in diesem Zusammenhang einen gemeinsamen Entschließungsantrag (20/8736) den der Bundestag später einstimmig annahm. Darin sprechen sich die Abgeordneten ebenfalls unter anderem dafür aus, Israel die „volle Solidarität und jedwede Unterstützung zu gewähren“.

## Fraktionen ziehen Bilanz zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie

Die sechs Nachhaltigkeitsprinzipien der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie waren Gegenstand einer dreistündigen vereinbarten Debatte im Bundestag am Donnerstag, 12. Oktober 2023. Stephan Brandner stellte klar, dass die aktuelle Bundesregierung Deutschland nachhaltig ruiniert habe und das ihr einziger Beitrag zur Nachhaltigkeit sei. Inflation, Arbeitslosigkeit, Ausländerkriminalität: Deutschland ist auf keinem guten Weg.

## Wohnen - Antrag für Mietenstopp sorgt für viel Ärger im Bundestag

Vor dem Hintergrund stark gestiegener Mieten und Wohnraummangel hat der Bundestag über einen Antrag der Fraktion Die Linke für einen bundesweiten Mietenstopp (20/8569) beraten. Im Koalitionsvertrag hat die Bundesregierung nicht nur den „Bau von 400.000 neuen Wohnungen pro Jahr, davon 100.000 öffentlich geförderte Wohnungen“ festgehalten, sondern auch „die Verlängerung der Mietpreisbremse“. Um dafür zu sorgen, „dass jede und jeder eine bezahlbare Wohnung findet“, solle die finanzielle Unterstützung des Bundes für den sozialen Wohnungsbau inklusive sozialer Eigenheimförderung fortgeführt und die Mittel dafür sollten erhöht werden. Doch zwei Jahre nach Amtsantritt der Bundesregierung fehlen deutschlandweit fast eine Million Wohnungen.

Stephan Brandner stellt in seiner Rede klar: „Das, was wir hier bei den Linken erleben, ist der Griff in die modrige, sozialistische Gruselkiste, ein letztes Aufflackern der DDR-sozialistischen Glühbirne hier in diesem Parlament.“

## Wirtschaft - Ende der sozial-ökologische Transformation gefordert

Der Bundestag hat am Donnerstag einen Antrag der AfD-Fraktion mit dem Titel „Unsere Wirtschaft, unser Mittelstand – Wirtschaftspolitik vorhersehbar und stetig gestalten und die sogenannte sozial-ökologische Transformation beenden“ (20/8741) beraten.

In ihrem Antrag fordern die Abgeordneten, „keine Strukturbrüche durch Technologieverbote und aktive Industriepolitik herbeizuführen“. Stattdessen solle dem Grundsatz der Konstanz der Wirtschaftspolitik Priorität eingeräumt werden. Gefordert wird zudem, weiteren „Schaden“ von der Automobilindustrie abzuwenden, indem alle gegen den Verbrenner-Pkw gerichteten „Markteingriffe wie Technologieverbote und marktverzerrende Anreize“ unverzüglich beendet werden.

Freitag, 13. Oktober 2023

## Debatte zur Finanzierung politischer Stiftungen

Die Finanzierung politischer Stiftungen aus dem Bundeshaushalt war Thema einer Bundestagsdebatte am Freitag. In erster Lesung beraten wurde der Entwurf für ein sogenanntes Stiftungsfinanzierungsgesetz (StiftFinG, 20/8726), den die Koalitionsfraktionen gemeinsam mit der CDU/CSU-Fraktion vorgelegt hatten. Die Förderung der politischen Stiftungen durch den Bund soll auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden. Eine gesetzliche Regelung ist notwendig geworden, nachdem das Bundesverfassungsgericht mit Urteil vom 22. Februar 2023 entschieden hatte, dass die bisher praktizierte Zuteilung von Globalzuschüssen an die politischen Stiftungen im Haushaltsplan den verfassungsrechtlichen Anforderungen nicht genüge. Das Verfassungsgericht verlangte ein gesondertes Parlamentsgesetz zur Regelung der staatlichen Förderung.

Nach der geplanten Neuregelung der Koalition sollen als politische Stiftungen nur solche Stiftungen betrachtet werden, die durch die ihr nahestehende Partei im gegenseitigen Einvernehmen anerkannt sind. Zu den Voraussetzungen einer Förderung gehört, dass die Abgeordneten, der einer politischen Stiftung jeweils nahestehenden Partei in der mindestens dritten aufeinanderfolgenden Legislaturperiode in Fraktionsstärke in den Deutschen Bundestag eingezogen sind. Bei einer politischen Stiftung, die bereits über mindestens zwei aufeinander folgende Legislaturperioden gefördert wurde, soll es nach den Vorschriften im Gesetzentwurf unschädlich sein, wenn die nahestehende Partei für die Dauer einer Legislaturperiode nicht im Deutschen Bundestag vertreten ist.

Die AfD-Fraktion will Arbeit und staatliche Finanzierung der politischen Stiftungen ebenfalls auf eine gesetzliche Grundlage stellen und hat dazu den Entwurf eines Gesetzes über die Rechtsstellung und die Finanzierung parteinaher Stiftungen (20/8737) eingebracht. Ein Anspruch auf Geldleistungen der Stiftungen aus dem Bundeshaushalt soll entstehen, wenn die der Stiftung nahestehende Partei zweimal in Folge in Fraktionsstärke in den Deutschen Bundestag eingezogen ist. Die staatliche Finanzierung soll für die Dauer einer weiteren Wahlperiode des Bundestages nach dem Ausscheiden oder der Auflösung der Partei bestehen bleiben. In der Vorbemerkung zu ihrem Gesetzentwurf kritisiert die AfD-Fraktion die starke Erhöhung der Mittel für die politischen Stiftungen in den vergangenen Jahrzehnten. Im Gegensatz zur Obergrenze bei der Parteienfinanzierung fehle eine entsprechende Regelung bei der Stiftungsfinanzierung. Für die Finanzierung der parteinahen Stiftungen werde in etwa das 3,6-fache an Steuergeld aufgebracht wie für die staatliche Parteienfinanzierung. Außerdem wird kritisiert: „Das Finanzierungssystem der parteinahen Stiftungen ist intransparent, seine Kontrolle durch das Parlament mangelhaft und die Aktivitäten der Stiftungen, insbesondere im Ausland, sind unter demokratie- und damit legitimationstheoretischen Gesichtspunkten fragwürdig.“

## Debatte zur Auswirkung der Zuwanderung auf die deutschen Sozialsysteme

Ein Antrag der AfD-Fraktion mit dem Titel „Zuwanderung muss sich für Deutschland lohnen – Stabile Sozialsysteme brauchen Transparenz“ (20/7665) stand am Freitag ebenfalls auf der Tagesordnung des Bundestages. Die Auswirkung von Zuwanderung auf die deutschen Sozialsysteme soll künftig wissenschaftlich evaluiert werden, fordert die AfD-Fraktion in ihrem Antrag. Damit die Sozialsysteme künftig stabil bleiben, kommt es laut AfD-Abgeordneten „auf die richtige Zuwanderung“ an. Der Beitrag von Migration zur gesetzlichen Krankenversicherung, Renten- sowie Arbeitslosenversicherung solle daher nach dänischem Vorbild erfasst werden. Die dänische Studie unterscheidet zwischen einheimischen Dänen, Zuwanderung aus „westlichen Ländern“, Zuwanderern aus „sonstigen nicht-westlichen Ländern“ und Zuwanderung aus den sogenannten MENAPT-Ländern (Nahe Osten, Nordafrika, Pakistan und Türkei), heißt es in der Vorlage.

# Aktuelle Videos



Sozialismus in seinem Lauf hält nur die AfD auf!

Rede zum Mietsozialismus-Antrag der Linken



#Brandnerunterwegs beim Höhlerfest in Gera



Schafft Abschieben Wohnraum?  
Gute Fragen - Schlechte Antworten



Sie haben Deutschland 🇩🇪 nachhaltig ruiniert!



RESTERAMPE Altparteien  
5 Fragen - 5 Antworten



# Kommende Termine

**AfD**

## Bereit für mehr!

November

1

19:00 Uhr

Gasthaus Reißberg 04  
Theodor-Körner-Straße 11  
Greiz



Carolin Bachmann,  
direkt gewählte  
Bundestagsabgeordnete im WK 161

Stephan Brandner,  
direkt gewählter Bundestagsabgeordneter WK 194,  
stellv. Bundesvorsitzender

**AfD**  
Kreisverband  
Landkreis Greiz



**AfD**

## Infostand in Altenburg

November

4

Vormittag

Markt, Altenburg



Stephan Brandner,  
direkt gewählter Bundestagsabgeordneter WK 194,  
stellv. Bundesvorsitzender



**AfD**

## Erosion des Rechtsstaats und innere Sicherheit

November

21

19:00 Uhr

Gaststätte Grüner Baum  
Märien 5  
Zeulenroda-Triebes



Ringo Mühlmann,  
Mitglied des Thüringer Landtags

Stephan Brandner,  
direkt gewählter Bundestagsabgeordneter WK 194,  
stellv. Bundesvorsitzender

**AfD**  
Kreisverband  
Landkreis Greiz



**AfD**  
FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

## Neues aus dem Bundestag

November

23

19:00 Uhr

Orangerie in Meuselwitz



Martin Reichardt  
Landesvorsitzender Sachsen-Anhalt

Stephan Brandner,  
direkt gewählter Bundestagsabgeordneter WK 194,  
stellv. Bundesvorsitzender



**STEPHAN  
BRANDNER**

**7**

# Kommende Sprechstunden

## Sprechstunde

November

21

Wahlkreisbüro  
Zeulenroda

Anmeldung unter  
[stephan.brandner.ma11@bundestag.de](mailto:stephan.brandner.ma11@bundestag.de)

AfD

## Sprechstunde

November

22

Wahlkreisbüro  
Gera

Anmeldung unter  
[kontakt@brandner-im-bundestag.de](mailto:kontakt@brandner-im-bundestag.de)

AfD

## Sprechstunde

November

23

Wahlkreisbüro  
Altenburg

Anmeldung unter  
[stephan.brandner.ma71@bundestag.de](mailto:stephan.brandner.ma71@bundestag.de)

AfD

## Sprechstunde

Dezember

8

Wahlkreisbüro  
Altenburg

Anmeldung unter  
[stephan.brandner.ma71@bundestag.de](mailto:stephan.brandner.ma71@bundestag.de)

AfD



STEPHAN  
BRANDNER



# Infostand in Gera am 14.10.



# Volkstfest Gera 14.10.



STEPHAN BRANDNER

# Unsere Kalender für 2024 sind da!



# Die neue KLARTEXT kommt!

**AfD**  
Stephan Brandner -  
Ihr direkt gewählter Bundestagsabgeordneter  
im Wahlkreis 194 (Gera, Greiz, Altenburger Land)

## KLARTEXT

aus dem Bundestag



**Deutschland wieder fit machen!**

Die Politik der Ampelregierung hat in den letzten beiden Jahren einen enormen Schaden angerichtet. Nach vielen Jahren destruktiven Wirkens von Merkel und deren Koalition in CDU und SPD kam es noch schlimmer als gefürchtet. Nicht nur, dass das Vertrauen in die Politik immer mehr sinkt, auch leiden viele Bürger dieses Landes konkret unter dieser Big Brother und Ideologietriebenen Politik.

Die AfD steht fest: die ihre Ampelpolitik muss beendet und umgekehrt werden. Die AfD wird nicht nur das Wahlgesetz abschaffen, sondern jeder helfen, wie er es für richtig hält, sondern auch das sogenannte Selbstbestimmungsrecht der Geschlechter, mit dem es eine freie Geschlechterwahl geben soll. Mit uns wird es kein Verbot geben und die deutsche Staatsbürgerschaft wird nicht weiter rumpfen. Mit unserem 10-Punkte-Programm für eine AfD-geliebte Bundesregierung werden wir klargestellt, worauf Sie sich mit uns einstellen können. Wir wollen und werden:

- **Deindustrialisierung Deutschlands stoppen, die Steuerlast senken**, die verlorene **Gründerpolitik beenden** und unseren **Sozialstaat retten**. Für unsere **Bildung ist** **kauf** und nur durch eine vernünftige Bildungspolitik wird es möglich sein, Deutschland **er** vom Kopf auf die Füße zu stellen. Auch in der **Außenpolitik** werden wir neue **deutsche Interessen** stehen ganz vorne und eine **gestärkte Landeswehr** ist der Garant einer souveränen Nation. Wir müssen darüber hinaus die **milienpolitik** auf ein gesundes Fundament stellen, **Familienarbeit belohnen** und die **sonderliche Eigenverantwortung fördern**. Auch die **Entpolitisierung der Justiz**, die **Wirkung der Demokratie** durch die **Sicherstellung der Gewaltenteilung** sowie die **förderung der demokratiespezifischen Teilhabe** durch Einführung von Volksentscheiden ist für mich entscheidende Punkte, die es auf Bundesebene umzusetzen gilt. Sie sehen - gibt viel zu tun. Aber fest steht auch: Deutschland ist nicht verloren! **Wir als AfD sind** **reit**, die Verantwortung zu übernehmen, um Wohlstand, Freiheit und Demokratie herzustellen. Schenken Sie uns Ihr Vertrauen und lassen Sie uns gemeinsam einsteigen in ein **prosperierendes Land**, wie wir es uns alle wünschen.

1/ Euer Stephan Brandner



[www.stephan-brandner.de](http://www.stephan-brandner.de)

**Lesen und weitergeben!**

Oktober 2023  
7. Jahrgang, Ausgabe 20. 10/2023

### SPD will sich Wahlvolk aus dem Ausland holen!

Bundesinnenministerin Faeser, Spitzenkandidatin der SPD Hessen plant, das Kommunalwahlrecht auf Ausländer auszuweiten. Wählen sollte zukünftig offenbar jeder können, der sich eine Weile in Deutschland aufhält. Es überrascht wenig, dass ausgerechnet die SPD die Wahlen für Flüchtlinge öffnen will - schließlich kommen kaum noch Bürger auf die Idee, das Kreuz am Wahltag bei dieser Partei zu machen. Dieser verzweifelte Versuch, Wahlstimmen aus dem Ausland zu rekrutieren, lässt erkennen, welcher Plan hinter der massenhaften Aufnahme von Ausländern steckt. Die SPD will sich ihr Wahlvolk einkaufen, auf Kosten unseres Sozialstaats pöppeln und für den eigenen Machtanhalt platzen. Das werden wir zu verhindern wissen. Wohl weil ein großer Aufschrei durch die Republik ging, demeritiert die SPD mittlerweile ihr Vorhaben. Schuld sei nur ein Kopierfehler. Wer's glaubt...



### Wir wollen die Namen wissen!

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag reicht eine Organklage gegen die Bundesregierung ein. Grund ist die verweigerte Herausgabe der Namen öffentlich-rechtlicher Journalisten, die teils einschneidende Summen von der Bundesregierung für Moderationen und ähnliche Leistungen erhalten haben. Insgesamt haben deutsche Bundesbehörden seit 2019 mehr als 14 Millionen Euro an Journalisten gezahlt. Allein zwischen von AfD, FDP und Deutschlandradio erhalten 875.000 Euro.

Für mich als Justizoberrichter der AfD-Fraktion stellt fest: **Transparenz ist das Gebot der Stunde**. Die Bürger dieses Landes haben ein Recht darauf, zu erfahren, welcher bekannte oder weniger bekannte öffentlich-rechtliche Journalist **öffentlich-rechtliche** durch die Bundesregierung erhält. **Wer kennt nicht das Sprichwort: 'Was Brot ich sei', des Lied ich sing.**



Zur Pressekonferenz

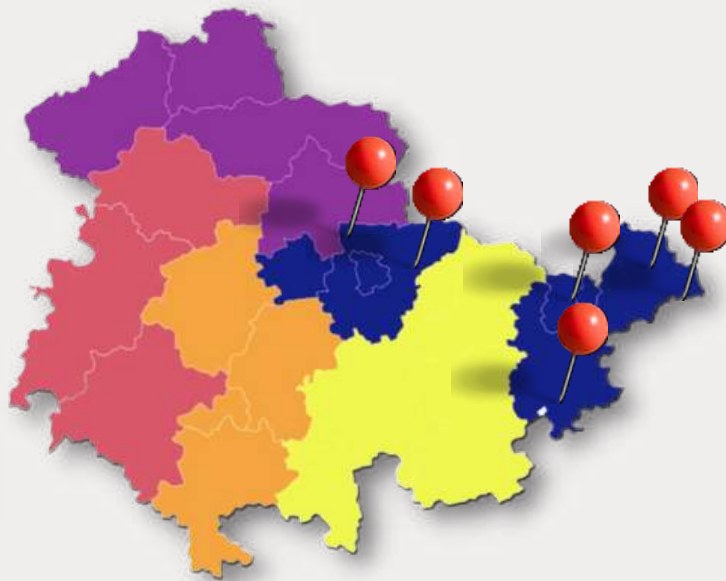


# Wir stehen an Ihrer Seite

**Wahlkreisbüro Gera**  
Rudolf-Diener-Straße 21  
07545 Gera  
Tel.: 03 65 - 20 42 41 30  
Fax: 03 65 - 22 69 12 50  
E-Post: kontakt@  
brandner-im-bundestag.de  
**Geöffnet: Di bis Do: 10-17  
Uhr**

**Wahlkreisbüro Gößnitz**  
Zwickauer Straße 11  
04639 Gößnitz  
Tel.: 03 44 93 - 25 95 13  
E-Post: goessnitz@  
brandner-im-bundestag.de  
**Geöffnet: Do und Fr: 10-17  
Uhr**

**Wahlkreisbüro Altenburg**  
Kesselgasse 25  
04600 Altenburg  
Tel.: 03 44 93 - 25 95 13  
E-Post: altenburg@  
brandner-im-bundestag.de  
**Geöffnet: Mo und Mi: 10-17  
Uhr**



**Wahlkreisbüro Zeulenroda**  
Schleizer Straße 8  
07937 Zeulenroda-Triebes  
Tel.: 03 66 28 - 96 35 02  
E-Post: zeulenroda@  
brandner-im-bundestag.de  
**Geöffnet: Mo und Do: 10-17  
Uhr**

**Wahlkreisbüro Sömmerda**  
Weißenseer Straße 8  
99610 Sömmerda  
Tel.: 0 36 34 - 69 22 888  
E-Post: soemmerda@  
brandner-im-bundestag.de  
**Geöffnet: Mo: 10-17 Uhr**

**Wahlkreisbüro Apolda**  
Ritterstraße 4  
99510 Apolda  
Tel.: 0 36 44 - 83 20 468  
E-Post: apolda@  
brandner-im-bundestag.de  
**Nach Vereinbarung**

## Besuchen Sie mich auch im Netz

-  [www.facebook.com/stBrandner](http://www.facebook.com/stBrandner)
-  [www.twitter.com/stbrandner](http://www.twitter.com/stbrandner)
-  [www.instagram.com/stephanbrandner](http://www.instagram.com/stephanbrandner)
-  [www.youtube.com/c/stephanbrandnermdb](http://www.youtube.com/c/stephanbrandnermdb)
-  [t.me/StephanBrandnerMdB](https://t.me/StephanBrandnerMdB)
-  [www.tiktok.com/@brandner\\_afd](http://www.tiktok.com/@brandner_afd)

## Stellen Sie Ihre Fragen bei Abgeordnetenwatch

### Möchten Sie mich finanziell unterstützen?

Kreisverband Jena-Gera-SHK  
Sparkasse Jena Saale-Holzland  
IBAN: DE42 8305 3030 0018 0346 75  
BIC: HELADEF1JEN  
**Verwendungszweck: Stephan Brandner**

**Sie haben Fragen  
an mich?**

Schnell über  
[www.abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de)  
stellen und auch andere davon  
profitieren lassen!

[www.stephan-brandner.de](http://www.stephan-brandner.de)



Stephan Brandner  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

